

Newsletter Montagsdemo Rheinfeldern



Finanztransaktionssteuer einführen, Fiskalpakt stoppen!

Themen in dieser Ausgabe:

- Armut ...!
- Paketboten ...!
- Wochenendarbeit ...!
- Lohnkosten ...!
- Kurzsichtige SPD ...!
- Produktivität ...!
- Leiharbeit ...!
- Der „Gauck“ler ...!
- Montagsdemo aktuell ...!

IN DIESER AUSGABE:

Jeder fünfte junge Erwachsene ist von Armut bedroht	2
Ausbeutung von Paketboten	2
Arbeit am Wochenende wird zum Normalfall	2
Lohnkosten: „Schon bei Einstellung Hartz IV eingeplant“	2
Kurzsichtige SPD	2
Produktivität leidet unter befristeten Arbeitsverträgen	3
Leiharbeit: Noch immer ein gutes Geschäft	3
Eine skandalöse Rede	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

von Attac Deutschland Attac lehnt Tauschhandel ab.

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac lehnt einen Tauschhandel "Finanztransaktionssteuer gegen Fiskalpakt" ab.

"Die Finanztransaktionssteuer ist eine politische Notwendigkeit und darf nicht zum Zuckerguss auf einem vergifteten Kuchen namens Fiskalpakt werden", sagte Detlev von Larcher von der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern.

"Der Fiskalpakt bedeutet einen frontalen Angriff auf die Demokratie und ist hochgradig unsozial. Wer ernsthaft für soziale und demokratische Rechte steht, muss ihn ohne Wenn und Aber ablehnen. Die Opposition muss jetzt Farbe bekennen."

SPD und Grüne dürften die Debatte über die Finanztransaktionssteuer nicht missbrauchen, um von den unsozialen und antidemokratischen Folgen des Fiskalpakts abzulenken. Detlev von Larcher: "Und von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie sich endlich mit aller Kraft für die Einführung der Finanztransaktionssteuer stark macht - ohne jedes Geschacher."

Nach Ansicht von Attac schreibt der Fiskalpakt europaweit einen langfristigen, radikalen Kürzungszwang



fest und bürdet damit die Last der Sanierung der öffentlichen Haushalte den Schwächsten der Gesellschaft auf. Die Profiteure der exzessiven Spekulation an den Finanzmärkten, von Steuerdumping und Steuerflucht kämen dagegen ungeschoren davon.

"Unter dem Vorwand, Staatsschulden abzubauen, wird der Fiskalpakt zum Instrument der fortgesetzten Umverteilung von Arm zu Reich", stellte Steffen Stierle vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis fest. Die Einnahmeseite, auf der das strukturelle Problem der öffentlichen Haushalte liege, bleibe dagegen außer Acht.



Katja Kipping u. Christine Buchholz „DIE LINKE“ in Aktion

Attac kritisierte den Pakt zudem als zutiefst antidemokratisch, da er der EU-Kommission weitreichende Eingriffsrechte in die natio-

nen Haushalte gewähren soll. Das Budgetrecht als zentrales Recht jedes Parlamentes würde empfindlich verletzt. Die Macht würde von den Parlamenten an ein Organ der Exekutive übertragen, über dessen Zusammensetzung die Regierungen, nicht die Parlamente bestimmen.

Attac fordert, statt weiterer Kürzungen die staatlichen Einnahmen zu erhöhen und die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen. Notwendig dafür seien neben der Finanztransaktionssteuer eine europäisch koordinierte Vermögensabgabe, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer sowie höhere Steuern auf Kapitalerträge.

Die Globalisierungskritiker rufen zusammen mit anderen Organisationen dazu auf, bei den Bundestagsabgeordneten gegen den geplanten europäischen Fiskalpakt zu protestieren. Entsprechende E-Mails, Briefe und Faxschreiben können von der Webseite www.fiskalpakt-stoppen.de aus verschickt werden.





Jeder fünfte junge Erwachsene ist von Armut bedroht

Es ist eine düstere Analyse für die junge Generation in Deutschland: Jeder fünfte junge Erwachsene leidet einer Untersuchung zufolge unter Armut – Zehntausende fallen sogar durch alle Raster. Besonders hoch ist der Anteil in den Städten.

Rund 13 Millionen Menschen von 14 bis 27 Jahren leben in Deutschland und etwa jeder fünfte von ihnen ist nach einer statis-

tischen Auswertung trotz staatlicher Hilfen von Armut bedroht – insgesamt also 2,6 Millionen. Das geht aus dem neuen "Sozialmonitor Jugendarbeit" der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (KJS) hervor. "Wir diskutieren viel über Kinderarmut und Altersarmut. Aber die entscheidende Phase der Jugend, in der die Weichen gestellt werden, ist bisher

kaum im Blick", kritisierte der Vorsitzende, Simon Rapp. Für die Auswertung hat die Arbeitsgemeinschaft bestehende Statistiken auf die Altersgruppe der jungen Erwachsenen heruntergebrochen – darunter Zahlen des Statistischen Bundesamts und des Deutschen Jugendinstituts. In dieser Zusammenschau sei die Übersicht neu, sagte Rapp. Quelle: SPIEGEL Online



Ausbeutung von Paketboten

"...Skandale sind Günter Wallraffs Metier. Seit Jahrzehnten erzeugt jeder Stein, den er ins Medienmeer wirft, große Wellen. Jetzt hat es eben die Paketbranche getroffen. Ein paar Tage lang war die öffentliche Erregung über die Aus-

beutung von Paketboten groß. Bloß: Es hätte Wallraffs Recherche überhaupt nicht gebraucht. Jeder, der mit Paketdiensten zu tun hat, weiß oder ahnt, dass dort viel zu viele viel zu wenig verdienen. Und

das ist der eigentliche Skandal. Obwohl die prekäre Lage für Politik, Unternehmensvorstände und Gewerkschaften offensichtlich ist, ist in den letzten Jahren kaum etwas Grundlegendes passiert..." Quelle: ftd.de



Arbeit am Wochenende wird zum Normalfall

DGB-Studie: "Wochenendarbeit wird in Deutschland zusehends zur Regel. Nur noch ein Drittel der Beschäftigten hat frei

an Samstagen und Sonntagen, so die DGB-Studie "Stressfaktor Wochenendarbeit". Für Erholung, Kultur und Familie

bleibt immer weniger Zeit. Der DGB fordert eine Anti-Stress-Verordnung..." Quelle: dgb.de



Lohnkosten: „Schon bei Einstellung Hartz IV eingeplant“

"Fast anderthalb Millionen Erwerbstätige in der Bundesrepublik verdienen so wenig in ihrem Job, dass sie ihren Verdienst mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen, damit das Geld zum Leben reicht. „Das

Hartz-IV-Regime verschärft die prekäre Beschäftigungssituation“, konstatierte die Politologin Julia Graf, als sie Ende Mai 2012 beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Gießen ihre Doktorarbeit

über Aufstocker vorstellte, die sie am Institut für Politikwissenschaften der Marburger Philipps-Universität angefertigt hat..." Quelle: giessener-anzeiger.de

Kurzzeitige SPD

Die SPD ist die älteste, seit dem 19. Jahrhundert durchgehend existierende politische Partei in Deutschland – historisch bezieht sie sich auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, der durch Ferdinand Lassalle 1863 gegründet wurde, und die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 begründete Sozialdemokrati-

sche Arbeiterpartei, die sich 1875 in Gotha vereinigten. Ihr Konzept war, als breite Partei der Einheit der Arbeiterklasse auf dem Wege von Wahlen zum Parlament und mit der Unterstützung der Gewerkschaften und vielerlei Organisationen und Vereine der Arbeiter immer stärker zu werden, um schließlich die Regierung zu überneh-

men, Politik im Interesse der Arbeiter zu machen und die Gesellschaft in Richtung Sozialismus zu verändern. Daran ist noch einmal zu erinnern, weil all die jüngsten Beleidigungen von SPD-Politikern gegen die Linkspartei erst historisch gesehen verständlich sind. Quelle: Das Blättchen



Produktivität leidet unter befristeten Arbeitsverträgen

Dürften Ökonomen den idealen Arbeitsmarkt entwerfen, dann wäre er vor allem eines: flexibel. Je schwieriger und teurer es für Unternehmer ist, Beschäftigte wieder auf die Straße zu setzen, desto stärker halten sie sich mit der Neueinstellung von Personal zurück, sind viele Volkswirte überzeugt. Zahlreiche Länder haben es Arbeitgebern daher in den vergangenen Jah-

ren leichter gemacht, Beschäftigte befristet einzustellen. Doch für Unternehmen bergen zu viele Zeitverträge unangenehme Nebenwirkungen. Darauf deutet die Studie eines Forscherteams um den Ökonomen Juan Dolado von der Universität Carlos III in Madrid am Beispiel Spaniens hin. Für die Unternehmen hatte die Verbreitung der Zeitverträge unangenehme Nebenwirkungen, stellen die Forscher fest. Das häufige Kommen und Gehen in den Firmen

scheint ein wichtiger Grund dafür, dass sich die Produktivität der spanischen Industrie seit Mitte der 90er-Jahre enttäuschend entwickelt hat. Die geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen des Landes gilt unter Ökonomen als eine Ursache für die Euro-Krise. 15 Prozent der Produktivitätsschwäche der spanischen Industrie lassen sich laut Studie mit den Arbeitsmarktreformen erklären.

Quelle 1: Handelsblatt
Quelle 2: working papers



Leiharbeit: Noch immer ein gutes Geschäft

Das richterliche Aus für die Dumping-Gewerkschaft CGZP hat der Leiharbeitsbranche nicht geschadet. Die Zahl der Leiharbeiter nimmt wieder zu. Zusätzlich breitet sich schon ein neues Sparmodell aus: Die Werkverträge. Bestimmte Aufgaben im Betrieb – vom Auffüllen der Regale im Supermarkt bis zur Achsmontage in der Autofabrik – werden dabei als eigenständiges "Werk" definiert und an Fremdfirmen vergeben. Das sind nicht selten Töchter von Zeitarbeitsunternehmen, doch ihr Personal bezahlen sie noch schlechter. Es ist eine ebenso simple wie durchsichtige Strategie zur Kostensenkung, die von arbeitgebernahen Juristen offen-simpel empfohlen und auch von namhaften Unternehmen rege genutzt wird: Im Einzelhandel bedienen sich nach Angaben der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di unter anderem Ikea, Rewe, Rossmann und Real dieses Modells. Dennoch sieht die Bundesregierung bislang "keinen

Handlungsbedarf". Und auch der Bundesrat erteilte Ende März einer Initiative der rot-grün regierten Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, mit der die Umgehung von Arbeitnehmerrechten durch Werkverträge eingedämmt werden sollte, eine Abfuhr. Welches Ausmaß diese Strategie mittlerweile angenommen hat, darüber gibt es keine offiziellen Zahlen. Die Arbeitgeber haben keinerlei Berichtspflicht. Betriebsrätebefragungen der Gewerkschaften aber liefern deutliche Hinweise. In der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie werden nach Angaben der IG Metall bereits in jedem zweiten Betrieb Stammarbeitsplätze durch die neuen Billiglöhner ersetzt. Und im BMW-Werk in Leipzig steht mehr als jeder Dritte der insgesamt rund 6000 Menschen, die in den Fabrikhallen an den Edelkarossen arbeiten, in Diensten einer Werkvertragsfirma. "Eigentlich gibt es unter den Beschäftigten vier

Klassen", sagt Betriebsratsvorsitzender Jens Köhler. "BMW-Stammebelegschaft, BMW-Leiharbeiter, Werkvertragsstammitarbeiter und Werkvertragsleiharbeiter. In dieser Reihenfolge ist auch die Bezahlung abgestuft." – Möglich gemacht wird die Lohndrückerei – und da schließt sich der Kreis – wieder einmal dank der Hilfe einer Mitgliedsorganisation des Christlichen Gewerkschaftsbunds: Die DHV, die sich "Die Berufsgewerkschaft" nennt und eigentlich kaufmännische und verwaltende Berufe vertreten will, hat mit dem Arbeitgeberverband der Werkvertragsunternehmen einen Gefälligkeits-tarifvertrag in schlechtesten CGZP-Tradition abgeschlossen: Sechs Euro pro Stunde gibt es im Osten, 6,50 Euro im Westen und keinerlei Nachtzuschläge.

Quelle: Magazin Mitbestimmung



Eine skandalöse Rede

Bundespräsident Gauck plädiert wieder für den "gerechten Krieg"

Bundespräsident Gauck plädiert wieder für den "gerechten Krieg"

Von Bundesausschuss Friedensratschlag

Kassel, 13. Juni 2012 - Zur Rede des Bundespräsidenten bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg erklärte der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in einer ersten Stellungnahme:

Es sollte eine Rede des hohen Tons und der großen Gefühle werden. Am Ende präsentierte Bundespräsident Joachim

Gauck aber nur mächtige Worthüllen. Da war von "meiner Armee" und von "unseren Soldaten" als "Dienern" die Rede, von einer wahren "Armee des Volkes" als einem Teil des "Demokratiewunders", das die Deutschen 1989/90 geschafft hätten. Und da wurden die hehren Ideale und Ziele der Bundeswehr gepriesen, "Freiheit, Sicherheit, Menschenwürde und das Recht des Einzelnen auf Unversehrtheit" zu verteidigen - und zwar in der ganzen Welt.

Mit keinem Wort ging Gauck auf die Interessen der deutschen Wirtschaft ein, Märkte für den Export zu sichern, Handelswege notfalls "freizukämpfen" oder

sich "freien Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und Rohstoffen" in aller Welt zu schaffen. Das ist immerhin der unverblühte Auftrag der Bundeswehr in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992, 2003 und 2011 und der Weißbücher 1994 und 2006.

Horst Köhler hatte wegen eines etwas holprig daherkommenden Interviews vor drei Jahren auf diese Zusammenhänge aufmerksam machen wollen - und musste sein Präsidentenamt aufgeben. Offenbar hält sich Gauck an eine Grundregel der politischen Klasse: Über die ökonomischen Interessen der Politik spricht man nicht, man setzt sie nur durch.

(Auszug vom Bundesausschuss Friedensratschlag)



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- **Lisy** - Initiative von Links-Sympathisanten und Mitgliedern DIE LINKE, Es ist ein Gesprächskreis über politisch-kulturelle Themen, in der Regel jeden dritten Freitag im Monat in Weil oder Grenzach statt. Anmeldungen unter: info@dreieck-lisy.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell

Endlich scheint die Sonne und Menschen sind unterwegs, genießen die Sonnenstrahlen bei einer Tasse Kaffee zu eine kleine Erholung.

Am Oberrheinplatz ist wieder mehr los. Interessierte bleiben immer wieder stehen,



hören zu und Diskussionen entwickeln sich.

Die Unzufriedenheit ist überall präsent. Die Frage, wie das alles weiter geht mit dem Euro und den Schulden und dass die Griechen anscheinend nicht sparen wollen.

Der Gedanke zu sparen ist bei den Menschen allgegenwärtig.



Aber mit dem Wort sparen wird uns nahe gelegt, wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt. Manche sind überrascht, dass bei der Montagsdemo die Entwicklung aus einer anderen Sicht beleuchtet wird. Wo hätten zum Beispiel die griechischen Stahlarbeiter noch sparen können, wenn sie von ihren 800 € Monatslohn auf 40% verzichten sollen?

Aber von dem über 200 Tage anhaltenden Streik der griechischen Stahlarbeiter von Aspropirgos in der Nähe von Athen ist in unseren Medien nichts zu hören. Als 51 Kollegen entlassen wurden, beschloss die Mehrheit -

den unbefristeten Streik für die Rücknahme der Kündigungen und volle Auszahlung des Lohnes.

Die Mehrheit der griechischen Arbeiter und große Teile der Bevölkerung wollen sich nicht dem Krisendiktat der Troika (IWF, EU und EZB) beugen.



In Streikvollversammlungen werden alle wichtige Entscheidungen diskutiert und abgestimmt. Dass darüber nichts berichtet wird, hat Methode, denn es könnte ja andere ermutigen, sich anzuschließen.

Da die Stahlarbeiter kein Streikgeld bekommen, erfahren sie breite Solidarität, Geld- und Sachspenden natio-

nal und International.

Die Athener Oper gab ein Konzert auf dem Gelände. Ein Lied über Stahlarbeiter aus Frankreich sind in den Charts.



Aus Frankreich wurden Tonnen von Lebensmittel geliefert. Auch wir und andere Montagsdemos haben den Kampf bekannt gemacht, Solidarische Grüße übermittelt und Spenden überwiesen!

„Wer sich gegen Armut und Unterdrückung wehrt, lebt ehrenwert!“